

Gustav Flohr

Noch ein Partisan!

Ein Remscheider Kommunist, Klempner,
Spanienkämpfer und Bürgermeister

Ediert von Jörg Becker

Mit einem Beitrag von Werner Abel



Mit freundlicher Unterstützung der Firma KNIPEX
und des Landschaftsverbands Rheinland.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0546-1

Copyright © 2020 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen
Unter Verwendung eines Bildes von Gustav Flohr (privat)
Satz: Jens Marquardt, Bonn
Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Poland 2020

Besuchen Sie uns im Internet unter: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Marko Röhrig:

Vorwort	7
1. Vom Arbeiter-Turnerbund zum Kommunismus (1895-1933)	10
2. Stellungnahme in einem Prozess wegen Hochverrats (1927)	26
3. Stellungnahme in einem Prozess wegen eines Sprengstoff- attentats (1934)	27
4. Gefängnisse und Konzentrationslager (1933-1935)	29
5. Ein Jahr in Remscheid (1935)	86
6. Flucht in die Niederlande (1936)	101
7. Im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1938)	116
8. Frankreich: Lageraufenthalte (1938-1944)	153
9. Frankreich: In der Résistance (1944)	161
10. Brief an seinen Bruder Hugo Flohr (1944)	191
11. Corry Flohr: Mein Leben im KZ Ravensbrück (1944/45)	197
12. Bericht an die Remscheider KPD über den Monat Januar (1946)	201
13. Bericht an die Remscheider KPD über Besuche in Wohnbezirken und Betrieben (1946)	296
14. Gedächtnisrede zu einer Trauerkundgebung in der städtischen Wagenhalle in Remscheid (1946)	210
15. Brief an Willi Dickhut, Politischer Sekretär der Kreisleitung der Remscheider KPD (1947)	218
16. Brief an Hugo Paul, Vorsitzender der Landesleitung der KPD von NRW (1948)	228
17. Brief an Erich Henschke in der SBZ (1948)	230
18. Brief an Karl Gaile und Adolf Pöffel in der SBZ (1948)	234
19. Brief an Karl Gaile in der DDR (1950)	238
20. Brief an Karl Gaile und Adolf Pöffel in der DDR (1952)	244
21. Brief an Karl Gaile in der DDR (1954)	249
22. Brief von Karl Gaile an Anton Joos (intern in der DDR) (1954)	254
23. Ellen Flohr: Leserbrief an die Redaktion der Remscheider Zeitung »Freies Volk« (1954)	255
24. Brief an Karl Gaile in der DDR (1956)	257

25. Brief an Herbert Müller in Ludwigshafen (1956)	260
26. Brief an Erwin Backhaus in Remscheid (1956)	262
27. Bericht über die politische Situation in Remscheid (1956)	272
28. Turn- und Sportfreunde Struck: Lob auf unseren Turner Gustav Flohr (1959)	279
29. Ivan Kreft (Slowenien): Abschied (1963)	282
30. Die Sprache der Toten (1956)	284
31. Ein Vermächtnis! (1963)	291

Nachworte: Stationen eines bewegten Lebens

Jörg Becker:

Von der Geburt bis zur Emigration in die Niederlande (1895-1936)

Bergisch Moskau - Remscheid in den zwanziger Jahren 297

Werner Abel:

Gustav Flohr im Spanischen Krieg (1936-1938) 308

Jörg Becker:

Von der Emigration in Frankreich bis zum Tod (1938-1965) 401

Armin Breidenbach und Jörg Becker:

Tabellarischer Lebenslauf 482

Jörg Becker:

Danksagung 485

Editionsprinzipien und Quellen 488

Archive 490

Anhang

Personenregister 497

Abbildungsverzeichnis 504

Vorwort

Der Kommunist Gustav Flohr gehörte in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts zu den großen und bedeutenden Arbeiterführern von Remscheid. Als Reichstagsabgeordneter, als Offizier auf der Seite der Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg, als Bataillonskommandeur in der Résistance und schließlich als Bürger- und Oberbürgermeister der Stadt Remscheid hat sich Gustav Flohr stets, auch unter Einsatz seines eigenen Lebens, kämpferisch für eine sozialistische Gesellschaft, die Überwindung der Klassengesellschaft, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, für Bildung, Humanität und Völkerfreundschaft und gegen den Krieg engagiert. Die Stadt Remscheid kann stolz auf ihren Sohn Gustav Flohr sein, auch wenn sie ihn jahrelang kaum zur Kenntnis genommen hat.

Selbstverständlich war Gustav Flohr auch Gewerkschafter und es ist alles andere als ein Zufall, dass sich in seinem Nachlass eine jugoslawische Broschüre über die Arbeiterselbstverwaltung in großer Stückzahl befand.

Aus seiner Familie ist zu erfahren, dass der 1. Mai für Gustav Flohr Jahr für Jahr der wichtigste Tag des Jahres war. Dieser internationale Kampftag der Arbeiterklasse war für den Freidenker Flohr - er war 1918 aus der Kirche ausgetreten - ein jährlicher Fest- und Feiertag. Er soll, so sagt man in der Familie, den ganzen Tag pfeifend und singend durch seine Wohnung gezogen sein. Und ein Mailied soll das andere abgelöst haben. Begleitet von seiner Frau Mia Flohr, eine in Köln ausgebildete Altistin, wechselten sich »Der Mai ist gekommen« mit »So sei begrüßt viel tausendmal, holder, holder Frühling!« oder mit »Der Mai, der Mai, der lustige Mai, der kommt herangerauschet« ab.

Schon im Alter von 15 Jahren wurde der junge Klempnerlehrling Gustav Flohr 1910 Mitglied im Deutschen Metallarbeiter Verband (DMV). Es waren politische Kurse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die Flohr politisierten. In der Sozialistischen Jugend war er Mitglied der Jugendkommission für gewerkschaftliche Fragen. Ausgestattet mit einem gewerkschaftlichen Wanderschein war Flohr 1917/18 anderthalb Jahre als Handwerker auf der Walz. Mit Ende des 1. Weltkriegs war er 1918 Mitglied im Remscheider Arbeiter- und Soldatenrat und hatte nach Kriegsende die Position eines Betriebsrats im größten Remscheider Betriebs inne, nämlich in der Bergischen Stahl-Industrie (BSI).

Es gab damals dramatische Arbeitskonflikte und Gustav Flohr führte seine radikalisierte Arbeiterschaft in den Streik. Rückblickend schrieb er: »Verwaltungstechnisch waren wir also rein verraten von der Minderheit der SPD-Bonzen im DMV. Als

alle unsere monatlichen langen Bemühungen nichts mehr fruchteten und sich eine Flucht aus dem DMV bemerkbar machte, griff die Arbeiterschaft selbst ein und stellte eines Tages die Arbeit in der bergischen Stahlindustrie ein, gegen den Willen der DMV-Leute. Unser Streik wurde nicht anerkannt vom DMV. Die Firma entließ alle Arbeiter und so führten wir den Kampf um die Wiedereinstellung in Verbindung mit realen Löhnen im Betrieb. Wir öffneten die Betriebe und ließen alle Arbeiter ein. Wir übten passive Resistenz im Betrieb. Bis die Polizei kam und von der Waffe Gebrauch machte. Wir hatten 5 Tote und 18 Verwundete, der Kampf setzte sich auf der Straße fort. In dessen Folge wurde dann auch der Mörder der Polizei erschossen. Ich wurde aus dem DMV ausgeschlossen, man eröffnete ein Verfahren gegen mich und die Partei nahm mich in die Illegalität.«

Auch nach dem Kapp-Putsch im Frühling 1920 setzte Gustav Flohr seine Gewerkschaftskarriere fort, denn er arbeitete weiterhin als Betriebsrat der BSI, war eine Zeit lang Vorsitzender der Gesamtbetriebsräte des Verwaltungsgebietes des DMV Remscheid und Umgebung und Mitglied der engeren Ortsverwaltung und der Lohnkommission. Wie gesagt, es waren dramatische Zeiten. Im November 1923 kam es bei der BSI zu einem regelrechten Aufstand mit einer Schießerei gegen die Polizei. 1926 wurde Flohr in Remscheid Stadtverordneter und war 1928 wieder Anführer eines großen Streiks. Von 1923 bis 1926 war Flohr Sekretär der Gesamtbetriebsräte von Rheinland und Westfalen, und das Jahr 1931 sah ihn als Leiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) der Ortsgruppe Remscheid im Bezirk Remscheid. Somit war Flohr aktiver Teil der Gewerkschaftsopposition, die ihre Interessen im Rahmen der traditionellen sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaftsbewegung nur noch sehr ungenügend vertreten sah.

Es liegt in der Natur der Sache, dass es während seines niederländischen Exils, des Spanischen Bürgerkriegs und der Résistance, also für den Zeitraum von 1935 bis 1944, keine gewerkschaftlichen Aktivitäten von Gustav Flohr gegeben haben kann. Doch 1945, als Flohr noch schwankte, ob er Spanier oder Franzose werden wollte und als er im April 1945 in Remscheid in US-amerikanischer Uniform zu Besuch auftauchte, war er gewerkschaftlich sofort wieder aktiv. Unter dem Datum vom 21. Februar 1945 ist ein Ausweis von Gustav Flohr als Mitglied der französischen Gewerkschaft der Metallarbeiter erhalten geblieben. 1947 war er in Remscheid als Gewerkschaftssekretär im Gespräch - doch weitere Details zu dieser Nominierung sind nicht bekannt. Sein letzter Auftritt als Gewerkschafter liegt Anfang der fünfziger Jahre. Von 1952 bis 1956 war er Sozialleiter im Rüstungsunternehmen von Wilhelm Backhaus in Remscheid.

Es ist meinem Freund Jörg Becker, auch er seit mehreren Dekaden ein aktiver Gewerkschaftskollege, zu verdanken, dass dieses Buch über Gustav Flohr entstanden ist. Bei der Entstehung dieses Werkes von Jörg beteiligt gewesen zu sein, die vielen Briefe von und an Flohr mit auszuwerten und zu bewerten, war mir eine große Freude und besondere Bereicherung.

Ich möchte mich für dieses Vertrauen, unsere persönliche, politische und gewerkschaftliche Verbundenheit bedanken!

Danke für dieses hervorragende Buch!

Es ist sicherlich nicht nur für mich eine Bereicherung zur Geschichte der Stadt Remscheid und der Arbeiterbewegung im roten Remscheid.

Marko Röhrig

IG Metall Remscheid-Solingen

Geschäftsführer

Vom Arbeiter-Turnerbund zum Kommunismus (1895-1933)

Ich bin Gustav Flohr, geboren am 12. November 1895 in Remscheid Reg. Bez. Düsseldorf, Sohn des Klempners Gustav Flohr und seiner Frau Selma geb. Nockemann. Besuchte 8 Jahre die Volksschule und 3 Jahre die Berufsschule. Im Jahre 1909 aus der Schule entlassen, kam ich in die Lehre als Klempner. Trat in die Zöglingsteilung des Arbeiter-Turnerbundes ein. In der damaligen Zeit konnten die Jugendlichen noch nicht als Mitglieder aufgenommen werden, weil der Arbeiter-Turnerbund von der Regierung als politisch erklärt wurde und bis zum 18. Lebensjahre war es dem Turnerbund verboten, Mitglieder aufzunehmen. Man umging den Weg, baute Zöglingsteilungen ein. Diesem Arbeiter-Turn- und Sportbund, wie er sich nannte, gehörte ich volle 22 Jahre an.

Über die Funktionäre des Sportbundes kam ich in Berührung mit den Funktionären des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und diese vollzogen dann auch im Jahre 1910 meine Mitgliedschaft für die Jugendabteilung des DMV. Im selben Jahre wurde ich auch Mitglied der Jugendabteilung der Sozialdemokratischen Partei. Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) eingerichteten Kurse für Jugendliche besuchte ich regelmäßig und wurde früh schon ein Jugendfunktionär in den Betrieben.

Nach der Lehrzeit ging ich auf Wanderschaft, lernte andere Betriebe, andere Menschen und andere Organisationen kennen, d. h., ich lernte den DMV und die Partei an anderen Orten kennen. Die ungeheuren Unterschiede in der Entlohnung sowie in der Behandlung der Arbeiter und die Unterschiede in der Arbeitszeit, die vor dem Kriege 1914 noch gewaltig waren, lernten mir begreiflich machen, dass es eine absolute Notwendigkeit sei, dass sich jeder Arbeiter organisiere. Und so war ich, wo ich auch hinkam, ein Agitator für die Partei wie für den DMV.

Ich stamme selber aus einer Familie mit neun Kindern und lernte doch begreifen, dass die kinderreiche Familie nicht die Ursache der Misere ist, sondern dass das Elend andere Ursachen hatte.

Ich machte 1912 meinen ersten Wahlkampf mit und lernte hier die gewaltige Agitations- und Propaganda-Arbeit kennen, die in einem Wahlkampf angewandt wird. Ich war als Jugendlicher Feuer und Flamme für diese Arbeit und lernte auch das Einschreiten der Polizei kennen gegen unsere Arbeit. Die Namen Scheidemann¹ und

1 1903 war der prominente Sozialdemokrat Philipp Scheidemann (1865-1939) für den Wahlkreis Düsseldorf 3 (Stadt und Landkreis Solingen) in den Deutschen Reichstag eingezogen.

Dittmann², die später eine Rolle spielten im politischen Leben, wurden gewählt, Scheidemann im Solinger Bezirk und Dittmann im Remscheider Bezirk. Einige Monate vor dem Kriege 1914 kam ich zurück in meine Vaterstadt, gereifter und als vollwertiges Mitglied der SPD.

Der Krieg kam und die Haltung der SPD löste eine große Unzufriedenheit aus unter den Arbeitern. Es war nicht immer so, wie die Zeitungen der SPD schrieben, dass eine große Begeisterung für den Krieg vorhanden war. Ich kenne auch Diskussionen, in denen die Arbeiter den Angestellten der SPD und denen des DMV große Vorwürfe machten und positiv Stellung nahmen für Liebknecht³ bezüglich seiner Stellung im Reichstag.

Ich wurde am 6. August eingezogen, d. h. am 5. Mobilmachungstag und so dem kleinen Zirkel der Parteiarbeit entzogen, der sich bereits anschickte, gegen die Kriegspropaganda zu opponieren. Unsere Zeitung⁴ bekam ich weiter zugestellt und blieb auch im Kontakt mit den alten Parteiveteranen, die teilweise aktive Kämpfer waren aus dem großen Streik der Feilenhauer, der mehr als 30 Wochen gedauert hatte in Remscheid⁵. Ich blieb Mitglied der SPD bis 1916 und in meinem Urlaub 1916

Angesichts des Zusammenbruchs des kaiserlichen Deutschlands rief Scheidemann am 9. November 1918 auf dem Balkon des Berliner Reichstags die Deutsche Republik aus. Im Februar 1919 war Scheidemann für kurze Zeit der erste Reichskanzler der Republik. 1933 musste er emigrieren und lebte bis zu seinem Tod 1939 in Dänemark.

- 2 Der sozialdemokratische Journalist Wilhelm Dittmann (1874-1954) gewann 1912 den Reichstagswahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann. 1917 gehörte er zu den Mitbegründern der USPD. Da er im Folgenden einen Anschluss der USPD an die KPD ablehnte, betrieb er ab 1922 eine Wiedervereinigung mit der SPD und wurde geschäftsführender Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Während der Nazi-Zeit lebte er im Exil in der Schweiz. Ab 1951 war Dittmann Mitarbeiter im Archiv der SPD in Bonn.
- 3 Karl Liebknecht (1871-1919) war sicherlich der prominenteste sozialistische Politiker im Deutschen Reich. Als Vertreter des linken Flügels der SPD war er Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1916. Nach einer antimilitaristischen Demonstration wurde er 1916 nach einem Prozess wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einer allgemeinen Amnestie wurde auch Liebknecht 1918 aus der Haft entlassen, war im Dezember 1918 Mitbegründer der KPD und wurde am 15. Januar 1919 zusammen mit Rosa Luxemburg von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet.
- 4 Wenn Flohr hier von »unserer Zeitung« spricht, dann meint er damit die von der SPD seit 1905 herausgegebene »Remscheider Arbeiterzeitung«. In der Solinger »Bergischen Arbeiterstimme« erschien am 4. September 1914 ein Artikel mit folgendem Text: »Ein größerer Teil Liebesgaben für unsere in Belgien stehenden Truppen ist heute per Auto nach dort unterwegs. Außer Zigarren, Zigaretten, Schokolade usw. befinden sich bei der Sendung etwa 600 Exemplare der »Bergischen Arbeiterstimme« und der »Remscheider Arbeiterzeitung«, die den Braven da draußen eine hochwillkommene Lektüre sein werden.« zit. n.: <http://archivewk1.hypothesos.org/tag/remscheid-arbeiterzeitung> (Abruf am 26. Dezember 2016).
- 5 1872/73 führten die Feilenhauer in Remscheid heftige Arbeitskämpfe, die 1873 nahezu die gesamte Wirtschaft Remscheids lahmlegte. Die Remscheider Feilenhauer hatten sich bereits 1845 in einer »Feilenhauer-Innung« organisiert und hatten 1887 den »Feilenhauer-Verein« gegründet. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gründeten 1891 89 Remscheider Arbeiter eine örtliche Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Die



Gustav Flohr als Soldat im
Ersten Weltkrieg.

hatte sich in Remscheid bereits die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) gebildet. Man legte mir die Gründung dieser Parteibildung auseinander und ich trat dieser Parteirichtung bei.

Ich war ununterbrochen an der Front bis 1918 und bei dem Zusammenbruch befand ich mich am Hartmannsweilerkopf.⁶ Bei Bekanntwerden des Zusammenbruchs bildeten wir den Soldatenrat und führten unser Bataillon unverzüglich in die Heimatgarnison Coeln. Ich diente bei den 24. Pionieren. In Köln angekommen, stellten wir den Bataillonsangehörigen die Urlaubspässe aus bis zur Demobilisation. So kam ich nach Hause und trat dem bereits gegründeten Soldaten- und Arbeiterrat bei. Wir

Remscheider Feilenhauer waren im Allgemeinen radikal und militant. Einen weiteren wichtigen Streik der Feilenhauer gab es 1903.

⁶ Die in den Vogesen gelegene Kuppe Hartmannsweilerkopf war im Ersten Weltkrieg hart umkämpft. Im Laufe des Krieges wechselte diese Kuppe viermal ihren Besitzer. Hier starben rund 30.000 französische und deutsche Soldaten. Aus einem anderen Manuskript von Flohr geht hervor, dass er im Ersten Weltkrieg sowohl in Russland als auch in Frankreich stationiert war.

demobilisierten in der Folge alle Soldaten, die unsere Stadt passierten und behielten, soweit wie es ging, die Waffen in unserer Hand.

Die Notwendigkeit ergab sich, dass wir die Arbeit aufnahmen. Ich ging in die Fabrik und zwar in die Glockenstahlwerke von Richard Lindenberg Söhne⁷. Später in die Automobilbeschlagfabrik von Scharwächter⁸ und dann in die Bergische-Stahl-Industrie. Ich wurde Vorsitzender des Arbeiterrates und blieb dieses, bis das Betriebsratsgesetz in Kraft trat, und wurde dann Betriebsrat. Wir organisierten in der Folge viele Streiks, selbst in der Zeit der Besetzung durch die Franzosen.

Unsere Streiks drehten sich in der Hauptsache um die Verbesserung der Arbeitszeit und um die Geldlöhne oder um die Lohnskala, passend den Verhältnissen des Sinkens der Währung oder umgekehrt um die Steigung der Lebensmittelpreise. Wir gründeten die Betriebswehren, die den Schutz der Betriebe übernahmen und das öffentliche Leben im Interesse der Arbeiter vertraten.

Wir hielten die Betriebswehren unter Waffen, denn seinerzeit kursierten vielfach die Separatisten, die unter der Parole »Schlagt Poincaré⁹ am Rhein und Cuno¹⁰ an der Ruhr« Verwirrung unter die Arbeiterschaft zu bringen versuchten. Außerdem stand damals die Diskussion unter den Betriebsräten um die 51 % Sachwerterfassung¹¹, die

- 7 Das Stahlwerk Richard Lindenberg AG - im Volksmund wegen der Glocke im Firmenzeichen »Glockenstahlwerk« genannt - war bis zu seiner Fusion mit der Deutschen Edelstahlwerke AG 1927 eines der wichtigsten Remscheider Unternehmen. 1906 gab es hier den ersten industriell genutzten Elektrostahlofen der Welt und im Ersten Weltkrieg hatte das Unternehmen 1.500 Mitarbeiter. Der bedeutende Unternehmer Richard Lindenberg (1869-1925) war Mitbegründer des Edelstahl-Verbandes und saß u. a. im Aufsichtsrat der Felten & Guillaume AG in Köln-Mülheim.
- 8 Die 1870 von Edgar Scharwächter (1844-1923) gegründete Remscheider Firma Edscha produzierte zunächst Haus-, Zimmertür- und Fahrzeugschlösser und spezialisierte sich nach der Elektrifizierung auf Automobiltürscharniere. 2013 hatte die Edscha Holding GmbH 4.400 Mitarbeiter. Die 2016 veröffentlichte Festschrift enthält keinerlei Hinweise auf die Tätigkeit dieser Firma während der NS-Zeit. Vgl. dazu Bremiker, Richard-O.: Alles dreht sich um EDSCHA, Stuttgart: Pro Heraldica 2016.
- 9 Der französische Politiker Raymond Poincaré (1860-1934) war mehrfach Ministerpräsident und von 1913-1920 Staatspräsident. Als Vorsitzender der Reparationskommission nach dem Versailler Vertrag von 1919 verfolgte er eine stark antideutsche Politik. Er gilt als eine der treibenden Kräfte der Besetzung des Ruhrgebiets 1923/24 durch Frankreich und Belgien.
- 10 Der konservative deutsche Unternehmer Wilhelm Cuno (1876-1933) wurde 1922 Reichskanzler. Sein Aufruf zum passiven Widerstand gegen die belgisch-französische Besetzung des Ruhrgebiets zeitigte heftige Reaktionen vonseiten der Besatzer, war aber wenig erfolgreich. Gegen die Inflation und die Erhöhung vieler Preise unter seiner Präsidentschaft kam es im August 1923 unter der Arbeiterschaft zu massiven, den sogenannten Cuno-Streiks.
- 11 1921/22 sprach sich die KPD-Reichstagsfraktion bei der Berechnung von Unternehmenssteuern für die Berücksichtigung von Sachwerten eines Unternehmens für eine Produktionskontrolle und für Arbeiterregierungen aus. Diese Forderungen waren politisch höchst umstritten. Ein Teil der Kommunisten lehnte diese Forderungen ab, da sie von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ablenke. Für viele Sozialdemokraten waren diese Forderungen zu radikal.

als Basis für die Einleitung eines politischen Streiks gedacht war. Diese wurde aber abgelehnt, weil diese Parole unter den gegebenen Verhältnissen keinen Anklang fand. Ich war seinerzeit ebenfalls Vorsitzender sämtlicher Betriebsräte und stand dieser Parole ablehnend gegenüber.

Zur gleichen Zeit brachen auch die innerparteilichen Diskussionen aus. Der Spartakusbund, der sehr aktiv war in unserer Heimat, brachte das ganze Parteileben der SPD und auch das der USPD durcheinander. Wir hatten viele Parteidiskussionen, in deren Folge ich dem Spartakusbund beitreten wollte. Aber der Spartakusbund wie auch die links eingestellten USPD-Leute verlangten, dass ich in der USPD blieb, bis die öffentliche Entscheidung herbeigeführt sei. Denn die Position des Vorsitzenden der gesamten Betriebsräte war eine entscheidende Position für die Arbeiter selbst zum Zeitpunkt der Entscheidung und ebenfalls für die Zeit der Vorbereitung der Vereinigung mit dem Spartakusbund.

So blieb ich in der USPD. Wir erlebten den Kapp-Putsch. Der Endkampf der Freikorps Lichtschlag, Lützow und Hasenclever¹² fand in Remscheid statt, und zwar mit einer Gründlichkeit, wie man es einer nur gut organisierten Arbeiterschaft zutrauen kann.

Der Kapp-Putsch tat denn auch unserer Diskussion gut in der Partei und wir diskutierten viel freier als vorher. Unsere Arbeit unter den Proleten war gut und als im Herbst der Vereinigungsparteitag in Halle stattfand und unsere Delegierten alle mit einem gebundenen Mandat nach Hause gingen, d. h., dass sie für die Vereinigung mit dem Spartakusbund zu stimmen und dafür auch zu propagieren hatten, fanden wir nach der Berichterstattung in der Generalversammlung, dass wir die Mehrheit aller Remscheider Parteigenossen auf unserer Seite hatten.

Unsere Mehrheit für die VKPD¹³ war eine so gewaltige, sodass wir die Arbeiterzeitung in Besitz nehmen konnten¹⁴. Wir, die Kommunisten, übernahmen die Verwal-

12 Das in Hagen entstandene Freikorps Lichtschlag war unter Hauptmann Otto Lichtschlag 2.500 Mann stark. Anfang 1919 ging es brutal gegen streikende Arbeiter in Dorsten und im Landkreis Mettmann vor. Am 17. März 1920 schlug die Rote Ruhrarmee das Freikorps Lichtschlag in der Nähe von Aplerbeck. Wegen seiner Brutalität hieß dieses Korps im Volksmund Freikorps Totschlag. Das ebenfalls äußerst brutale Freikorps Lützow aus Berlin wurde durch die Rote Ruhrarmee Anfang 1920 im Kampf um Remscheid aufgerieben. Im März 1920 griff eine bewaffnete Arbeiterformation in Wetter im Ennepe-Ruhr-Kreis eine Vorhut des Freikorps Lichtschlag unter Hauptmann Otto Hasenclever an. Hasenclever und sechs Arbeiter wurden dabei getötet. Nach 1920 bildeten die Angehörigen der Freikorps oft das Rückgrat paramilitärischer Verbände wie SA oder Stahlhelm.

13 Von 1920 bis 1922 gab es die Bezeichnung Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD), nachdem der linke Flügel der USPD der KPD beigetreten war, die Mitglied der Komintern war.

14 Die »Bergische Volksstimme: Remscheider Arbeiter-Zeitung« erschien seit 1917. Sie wurde im Remscheider Volkshaus in der Bismarckstraße redigiert und gedruckt. Entsprechend den politischen Mehrheitsverhältnissen war die Genossenschaft des Volkshauses in SPD- oder KPD-Hand. Seit 1921 war die »Volksstimme« das offizielle Organ der Remscheider Vereinigten Kommunistischen Partei, Sektion der 3. Internationale, unter Leitung von Willi

tung der Konsum-Genossenschaft, wir waren in der Mehrheit des DMV, der ADGB war unser, die Mehrheit in der Ortskrankenkasse war unser, wir hatten die Mehrheit im Stadtparlament, der zweite Bürgermeister war ein Kommunist, das Volkshaus war in den Händen der Kommunisten usw. Und vor allen Dingen waren die Betriebsräte in allen entscheidenden Betrieben in der überwältigenden Mehrheit von Kommunisten besetzt.

Wir wählten einen Betriebsräteausschuss, dessen Vorsitzender ich wurde. Wir stellten Leute für die Lohnkommission mit dem Arbeitgeberverband, wir stellten Verteidiger an den Arbeitsgerichten, wir richteten ein Betriebsrätesekretariat ein, wir leiteten die gesamten Kämpfe in sozialer, arbeitsrechtlicher, lohnfordernder und in arbeitsregulierender Hinsicht. Wir griffen in die politischen Kämpfe ein, gründeten auch das Remscheider Theater mit und führten Arbeiterbildungskurse durch usw. Ich wurde im Laufe der Zeit Schöffe, Referent für die Partei und die Gewerkschaften, wurde Mitglied in der Unterbezirksleitung (UBL) und Mitglied des Betriebsräteausschusses für das Rheinland und Westfalen und später dessen Sekretär. Wir richteten Arbeiterkorrespondenten ein, ich war Parteifunktionär und die Betriebsräte wurden Basis für die Gründung der Genossenschaft der »Bergischen Volksstimme«.

Unsere Politik war nicht immer in allen Fällen klar. Seinerzeit hatten wir im Zentralkomitee Brandler¹⁵ und Thalheimer¹⁶. Beide wurden später ja auch aus dem

Grütz und erschien sechsmal pro Woche. 1931 lag die Auflage bei rund 18.000 Stück. Willi Grütz war in den zwanziger Jahren einer der wichtigsten kommunistischen Parteiführer in Remscheid. Zum Remscheider Volkshaus vgl. Mersmann, Arno: Volks- und Gewerkschaftshäuser. Kommunikationszentren der Arbeiter, in: Projektgruppe »Geschichte Bergischer Genossenschaften« (Hg.): Vorwärts Befreiung. Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen: Stattwerk 1984, S. 170-171.

- 15 Der kommunistische Politiker Heinrich Brandler (1881-1967) war im Spartakusbund um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisiert. Anfang der zwanziger Jahre war er in Moskau in der Leitung der Komintern und der Gewerkschaftsinternationale tätig und stand von 1921 bis 1923 zusammen gemeinsam mit August Thalheimer der KPD vor. Weil sie u. a. die Sozialfaschismus-These und die bedingungslose Unterordnung unter die sowjetisch dominierte Komintern ablehnten, wurden Brandler und Thalheimer Ende 1928 aus der KPD ausgeschlossen und gründeten die Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition (KPD-O). Die KPD-O forderte ein einheitliches Handeln von SPD und KPD und kritisierte die Unterordnung der KPD unter den Führungsanspruch der KPdSU. Ihr gehörten viele Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth (später Universität Marburg) oder Theodor Bergmann (später Universität Hohenheim) oder kreative Querköpfe wie Änne Wagner aus Solingen an. Grundlegend und sehr fundiert vgl. zu Brandler: Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg: VSA 2001 und Bergmann, Theodor: »Gegen den Strom«. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg: VSA 2001. Änne Wagner, einfaches Parteimitglied der KPD-O, hat erstmals 1988 ihre Autobiographie veröffentlicht und damit ein tief beeindruckendes und identitätsstiftendes Werk von der gesamten Arbeiterbewegung im Bergischen Land hinterlassen. Vgl. Wagner, Änne: Gegen den Strom? Lebenserinnerungen 1904-1945, Solingen: Stadtarchiv 2000.

ZK ausgeschlossen. In der Gewerkschaftspolitik machte sich am deutlichsten die Tendenz von Brandler und Thalheimer bemerkbar, denn sie neigten zu sehr zur reformistischen Seite, schon die Gewerkschafter machten in der Parteidiskussion den Anhängern der Brandler- und Thalheimerleuten das Leben schwer. Mit Brandler und Thalheimer verloren wir in Remscheid nur den Abgeordneten Braß¹⁷.

Im Jahre 1923 hatten wir einen Betriebsaufstand und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiter erst nach 14tägiger Arbeit in den Genuss ihrer Löhnung kamen. Wir hatten einige Male als Betriebsräte die Gelder der Firma beschlagnahmt und Zwischenlöhnungen gemacht, aber die Inflation machte dermaßen rasche Fortschritte, dass selbst die besten Methoden die Arbeiter nicht befriedigen konnten. Die Firma lehnte es mit der Zeit ab, mit dem Betriebsrat überhaupt noch über die Frage der Entlohnung der Arbeiter in der Zwischenperiode der Löhnungen zu verhandeln und verwies uns stets auf den Arbeitgeberverband, dessen zweiter Syndikus unser Direktor war. Ein Abteilungstreik löste den anderen ab. Wir kamen nicht zurande. Unser DMV, der in den Wahlen immer nur kommunistisch besetzt wurde, war bereits von dem Stuttgarter Hauptverband kommissarisch besetzt, weil die Remscheider Verwaltung über die Beschlüsse der Stuttgarter hinausgingen und den Arbeitern Rech-

16 Der kommunistische Politiker und Theoretiker August Thalheimer (1884-1948) war im November 1918 Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiter-Rates und von 1919 bis 1924 Mitglied der Zentrale der KPD. Er gründete zusammen mit Heinrich Brandler die Kommunistische Partei-Opportunisten (KPD-O). Thalheimer erarbeitete eine leider viel zu wenig beachtete Faschismus-Theorie, indem er die von Karl Marx in seiner Schrift »Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte« herausgearbeitete Rolle des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats bei der Herrschaftssicherung für die Erklärung des Faschismus nutzte. In der NS-Zeit lebte er im Exil in Kuba, wo er auch starb. In den sechziger Jahren des letzten Jh. erfuhr Thalheimers Faschismusanalyse eine Renaissance durch Wolfgang Abendroth. Vgl. Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1967; Thalheimer, August: Einführung in den dialektischen Materialismus, Bremen: Gruppe Arbeiterpolitik 1973; Thalheimer, August: So ist die Vernunft selbst weltlich. Ausgewählte philosophische und religionskritische Schriften, Aschaffenburg: Alibri 2008; Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Kommentar von Hauke Brunkhorst, Frankfurt: Suhrkamp 2007 und Beck, Martin und Stütze, Ingo (Hg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin: Karl Dietz Verlag 2018.

17 Der Sozialdemokrat Otto Braß (1875-1950) war vor dem Ersten Weltkrieg einer der bedeutendsten Führer der Remscheider Arbeiterbewegung. 1917 war er Parteivorsitzender der USPD Niederrhein. Zu dieser Zeit unterhielt Braß auch Verbindung zu revolutionären Arbeiterzellen in Berliner Munitionsfabriken. 1918 war er Sprecher des Remscheider Arbeiter- und Soldatenrats und saß für die VKPD von 1920 bis 1924 im Deutschen Reichstag. Unter dem Vorwurf des »Reformismus« wurde er 1922 aus der KPD ausgeschlossen. In der NS-Zeit war Braß mehrmals im KZ und in Gefängnissen inhaftiert. Nach 1945 aktive Mitarbeit am Wiederaufbau der Gewerkschaften, ab 1946 Mitglied der SED und von 1946 bis 1950 Mitglied des Bundesvorstands des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Zu Braß vgl. Lorenz, Gerlinde: »Leitstern« Sozialismus: Die politische Biografie des Remscheider Arbeiterführers Otto Braß (1875 - 1950) und seines Sohnes Otto (1900 - 1972), Essen: Klartext 2010.

nung trug. Mit dieser Ortsverwaltung kamen wir nicht mehr überein. Außerdem war der Polizeipräsident von Remscheid ein alter Funktionär des DMV und unterstützte polizeilich die kommissarischen DMV-Bonzen in Remscheid.

Verwaltungstechnisch waren wir also rein verraten von der Minderheit der SPD-Bonzen im DMV. Als alle unsere monatlichen langen Bemühungen nichts mehr fruchteten und sich eine Flucht aus dem DMV bemerkbar machte, griff die Arbeiterschaft selbst ein und stellte eines Tages die Arbeit in der bergischen Stahlindustrie ein, gegen den Willen der DMV-Leute. Unser Streik wurde nicht anerkannt vom DMV. Die Firma entließ alle Arbeiter und so führten wir den Kampf um die Wiedereinstellung in Verbindung mit realen Löhnen im Betrieb. Wir öffneten die Betriebe und ließen alle Arbeiter ein. Wir übten passive Resistenz im Betrieb. Bis die Polizei kam und von der Waffe Gebrauch machte. Wir hatten 5 Tote und 18 Verwundete, der Kampf setzte sich auf der Straße fort. In dessen Folge wurde dann auch der Mörder der Polizei erschossen. Ich wurde aus dem DMV ausgeschlossen, man eröffnete ein Verfahren gegen mich und die Partei nahm mich in die Illegalität.

In derselben verweilte ich von 1923 bis 1926. In meiner illegalen Zeit arbeitete ich zuerst einige Wochen auf dem Bezirksparteibüro in Düsseldorf am Wehrhahn. Dann wurde ich dem Kollwitz¹⁸ zugewiesen, der damals noch Betriebsrätesekretär der Partei war. Es bestanden damals noch die Oberbezirke. Das machte ich bis August 1924, dann nahm ich auf Beschluss der Bezirksleitung (BL) die Arbeit in der internationalen Arbeiterhilfe auf und löste Wend¹⁹, den Berliner Sekretär für Rheinland Westfalen, ab, der damals Unterschlagungen vorgenommen hatte. Diese Arbeit machte ich 10 Monate lang. Baute die Künstlerhilfe auf, schuf das Kinderheim Remscheid, nahm an dem Weltkongress der IAH in Berlin teil und war damals schon Kandidat für den Provinziallandtag.

Nach dieser Arbeit wurde ich Sekretär der Betriebsräte für Rheinland Westfalen. In diese Periode fielen die Parteidiskussionen auf der Basis des EKKI-Briefes.²⁰ Die Parteidiskussionen, die eröffnet wurden, spielten sich ab zwischen den Gruppen der Ultralinken, den Ultrarechten, und der Versöhnlergruppe. Neubauer, der zu dieser

18 Der Tischler und Kommunist Hans Kollwitz (1893-1948) wurde 1923 Sekretär des Landesausschusses der Betriebsräte Ruhr und war 1924 bis 1925 Abgeordneter des Preußischen Landtags. 1931 wurde er von der Essener Polizei verhaftet und trat in einen Hungerstreik. 1931 Prozess wegen »Hochverrats«, 1933 bis 1935 Haft im KZ Esterwegen. Nach 1945 als Politiker in der SBZ tätig.

19 Diese Person konnte nicht identifiziert werden.

20 Am 31. Oktober 1925 trat eine Reichsparteikonferenz der KPD zusammen. Sie beendete die Parteidiskussion über den Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) vom 1. September 1925. Dieser Offene Brief beinhaltete eine Kritik am »ultralinken« Kurs der bisherigen KPD-Führung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow und zielte auf eine Realpolitik ab. Vgl. dazu en detail Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt: EVA 1969 und Czichon, Eberhard und Marohn, Heinz: Thälmann. Ein Report. 2 Bde., Berlin: Heinen 2010.

Zeit Bezirkssekretär war, gehörte zu den Ultralinken, Kollwitz, der mehr Gewerkschaftsarbeit machte, gehörte der rechten Gruppe an. Mit ihm arbeitete ich in den Betriebsrätefragen viel zusammen, aber die stärkste Gruppe war doch die, die auf dem Boden des offenen Briefes des EKKI standen. 1925 gingen dann auch die Konferenzen für die Wahlen für den Frankfurter Parteitag vor sich. Als Abschluss der Diskussionen und zur Einleitung der Parteiwahlen für den Frankfurter Parteitag organisierten wir den Betriebsrätekongress in Düsseldorf für Rheinland und Westfalen. Dieser Kongress fand in Rath in Düsseldorf statt. Er wurde mit großer Begeisterung abgeschlossen. Auch den Betriebsräten gegenüber hatten wir als Kommunisten Rechenschaft abzulegen über unsere Politik der Partei im Reiche, denn unsere Politik war entscheidend für die Haltung der Betriebsräte in den Betrieben.

So wurde auch der EKKI-Brief eine Basis der Diskussion in den Betrieben und eine Richtlinie für die Arbeit der Betriebsräte. Insofern stellte der Betriebsrätekongress einen Wendepunkt in der Arbeit der Betriebsräte dar. Die Betriebsräte, die dann an die Arbeit gingen in den Betrieben und in den Konferenzen, die örtlich abgehalten wurden in den einzelnen Städten, legten auch den Grundstein für die politische Denkart der Arbeiter und die Parteikonferenzen standen mit unter dem Eindruck der Betriebsrätekonferenz in Düsseldorf. Der EKKI-Brief spielte eine große Rolle in allen Diskussionen und war die Plattform der Wahlen für die Delegierten nach dem Parteitag in Frankfurt. Rheinland-Westfalen stand mit seinen Delegierten auf dem Frankfurter Parteitag auf dem Boden des EKKI-Briefes und wählte demgemäß auch Ernst Thälmann zum Generalsekretär des ZK der Partei.

1926 kam eine Amnestie heraus, auf Grund derer ich wieder in meine Heimatstadt zurückging. Wurde aber dennoch einmal verhaftet, weil ich es unterlassen hatte, die Amnestie zu beantragen. Dieses wurde nachträglich nachgeholt von den Rechtsanwälten Obuch²¹ und Horstmann²² und so kam ich frei. Ich ging anfangs zu den Notstandsarbeitern, weil ich vom Arbeitgeberverband ausgeschlossen war von der Liste der Arbeitssuchenden. Machte eine Zeit lang Erwerbslosenbewegung, übernahm dann den RFB²³. Reorganisierte den RFB, zentralisierte die Musikkapelle im

21 Der Rechtsanwalt und Kommunist Gerhard Obuch (1884-1960) war von 1921 bis 1925 Stadtverordneter in Düsseldorf. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit bestand in der rechtlichen Vertretung angeklagter KPD-Mitglieder. Nach einer Inhaftierung in einem KZ 1933 zog er sich aus der Politik zurück.

22 Der Rechtsanwalt und Kommunist Dr. Hermann Horstmann (1893-1938) war seit 1921 Mitarbeiter im Anwaltsbüro von Gerhard Obuch in Düsseldorf. Er war Rechtsberater der Roten Hilfe, der KPD in Düsseldorf und der KPD-Zeitung »Freiheit«. 1934 Emigration in die UdSSR, vom NKWD verhaftet am 24.7.1938 in Moskau, im Taganka-Gefängnis verstorben 1938.

23 Der Rotfrontkämpferbund (RFB) war der paramilitärische Kampfverband der KPD. Vgl. ausführlich zum RFB Schuster, Kurt G. P.: Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Droste: Düsseldorf 1975 und Finker, Kurt: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin: Dietz Verlag 1982.

Bezirk Niederrhein und schuf aus dem örtlichen RFB eine Musterorganisation. Wurde dann Bezirksreferent, Unterbezirksreferent und in die Unterbezirksleitung (UBL) gewählt. Wurde ebenfalls Stadtverordneter und leitete auch wieder die Betriebsräte am Orte.

1927 nahm ich an dem Parteitag in Essen teil. Stand wieder in Arbeit im Betrieb. Führte die Kampagne für Rechenschaftsablegung über den Parteitag. Jedoch meine Hauptaufgabe galt dem Roten Frontkämpferbund, der in Remscheid zur vollen Entfaltung kam. Der RFB stand fest in der Hand der Partei. Keine Parteiveranstaltung, keine Demonstration, kein Arbeiterfest in Remscheid bestand ohne den RFB. Wir hatten eine der besten Musikkapellen und Tambourkorps. Mit diesem Musikerzug von beinahe 100 Mann gaben wir den Veranstaltungen in Remscheid das Gepräge. Diese Arbeit leistete ich bis über das Reichstreffen des RFB in Berlin hinaus, bis der RFB verboten wurde. Retteten aber den Musikerzug und schafften daraus einen Arbeiter-Musiker-Verein.

In diese Zeit fiel auch meine Fraktionsarbeit in den Konsumgenossenschaften. Der Fraktionsführer Issel²⁴, der gleichzeitig im Aufsichtsrat der Genossenschaft saß und die Arbeit in den Genossenschaften nicht so leitete, wie es die Partei wünschte, wählte mich in eine Fraktionsversammlung als Fraktionsführer der Genossenschaft. Oberdörster²⁵, der in der Reichsleitung der Genossenschaften saß, machte der Partei Vorschläge für die Veränderung der Politik in Genossenschaften. Die Genossenschaft akzeptierte die Politik der Partei nicht. So eröffneten wir den Kampf gegen die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat in den Genossenschaften. Die Genossenschaftsleitung griff der Partei vor und nahm große Darlehen bei der GEG²⁶ in Hamburg auf und baute große neue Verkaufsstellen und eine neue große Hauptverwaltung und gab finanziell die Remscheider Genossenschaft in die Hände der SPD-Funktionäre der GEG. Die Partei konnte hier weiter keine große Veränderung in der Form und der Verwaltung der Genossenschaft vornehmen, ohne Gefahr zu laufen, dass die Kapitalien gekündigt wurden, die so oder so nicht flüssig gemacht werden konnten. So geriet die Remscheider Genossenschaft unter die Vormundschaft der GEG und der Zentralvereinigung der deutschen Genossenschaften. Wir gaben uns mit dem parteiwidrigen Verhalten der Genossenschaftsfunktionäre nicht zufrieden

24 Der Schriftsetzer und Kommunist Albert Issel (1896-1957) war von 1919 bis 1929 Stadtverordneter der KPD in Remscheid und Anzeigen- und Abonnenntenakquisiteur der »Bergischen Volksstimme«. Nach 1945 erneut Stadtverordneter der KPD in Remscheid.

25 Der Kommunist Ernst Oberdörster (1888-1972) aus Opladen war ab 1923 als hauptamtlicher Funktionär Organisationssekretär der KPD im Bezirk Niederrhein. Danach Landtagsabgeordneter in der Provinz Rheinland und im Freistaat Preußen. 1933 Inhaftierung in einem KZ. Ab 1945 in verschiedenen Funktionen in der SBZ, ab 1946 in der SED tätig.

26 Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Consumvereine (GEG) in Hamburg war ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen, das von 1894 bis zum Ende der Weimarer Republik tätig war.

und erklärten, dass wir die Genossenschaftspolitik bestimmen wollten. Aber alle Anträge, die die Partei auf den Generalversammlungen der Delegierten für die Genossenschaft stellten und die mit Mehrheit angenommen wurden, wurden von der Hauptverwaltung abgelehnt. Beispielsweise einen kollektiven Beitritt zur Roten Hilfe und einen Reservefond zu schaffen für streikende Arbeiter usw.

Hier zeigte sich ganz offen die parteifeindliche Haltung der Genossenschaftsverwaltung. In den darauffolgenden Mitgliederversammlungen der Genossenschaften nahmen wir Stellung gegen die Geschäftsführung und nun zog die Geschäftsführung ganz offen gegen die Partei los. Sie machte der Partei zum Vorwurf, sie wolle die Genossenschaft ruinieren und spalten. Aber in allen Mitgliederversammlungen hatte die Partei die Mehrheit und das Vertrauen. Im Laufe dieser Auseinandersetzung verloren dann eine Reihe der Funktionäre der Genossenschaften die Mitgliedschaft der Partei. Nach erfolgtem Ausschluss aus der Partei gingen diese Genossenschaftsfunktionäre dazu über, die Hauptfunktionäre der Genossenschaftsfraktion aus der Genossenschaft auszuschließen. Später, als die Faschisten an die Macht kamen, zeigte sich, dass diese Geschäftsführer brauchbare Mitglieder in der Geschäftsführung der Faschisten waren.

Politische Differenzen habe ich mit der Partei nicht gehabt. 1928 hatte ich jedoch Differenzen im Arbeiter-Musik-Verein. D. h. bei einer Vermietung der Kapelle für eine Festlichkeit eines Gartenbauvereins übergab man mir die vereinbarten 50 Mark für den Spielabend. Ich lieferte diese 50 Mark an den Kassierer ab. Bei einer regelmäßigen Kassenkontrolle fehlten 50 Mark und man behauptete, dass diese 50 Mark die Gelder seien, die ich eingenommen hatte. Ich war mir bewusst, dass ich diese Gelder abgeführt hatte, denn sonst hätten sie nicht im Kassenbuch des Kassierers existieren können. Es kam zu einer fraglichen Fraktionssitzung der Genossen zur Klärung dieser Frage und da Behauptung gegen Behauptung stand, beantragte ich eine Untersuchung gegen mich und legte meine Funktionen nieder. Am anderen Tage fand dann eine UBL-Sitzung statt. Man verlangte von mir, dass ich meine Arbeit fortführen solle. Ich lehnte das ab, weil ich nicht unter dem Verdacht Geld unterschlagen zu haben und mit dem Wissen, dass man mir misstraute, arbeiten konnte. Im Laufe der Debatte jedoch und weil ich auf einer Untersuchung gegen mich bestand und wir nicht zurande kamen, kam ein Beschluss zustande, dass ich alle meine Funktionen niederzulegen hätte. Ich erhielt außerdem einen Brief von der Partei, dass ich auch mein Stadtverordneten-Mandat niederzulegen hätte. Ich folgte dem sofort.

Ich betone nochmals, dass ich keine politischen Differenzen mit der Partei hatte. Mein Untersuchungsverfahren wurde eingeleitet und durchgeführt. Im Augenblick weiß ich nicht mehr genau, ob noch andere Fragen dabei eine Rolle spielten. Es sind heute, am Tage an dem ich meine Biographie schreibe, genau 16 Jahre her, dass dieses Verfahren gegen mich lief. Wenn ich mich nicht irre, dauerte die Untersuchung bis zu ihrem Abschluss sechs Wochen. Es fanden zwei Sitzungen statt von der

BBK.²⁷ In der ersten war vertreten Hermann Weber aus Solingen²⁸ und in der zweiten Robert Stamm aus Düsseldorf. In der zweiten Sitzung kam es dann zur Rehabilitierung und ich wurde wieder in meine vollen Rechte eingesetzt und mir wurde das Vertrauen ausgesprochen. Ich betone zum Abschluss, dass keine politischen Differenzen vorlagen.

Nach dieser Sitzung nahm ich dann wieder meine volle Arbeit in der Partei auf. Leider konnte ich das Stadtverordneten-Mandat nicht mehr ausüben, denn diese sind ohne Wahl nicht wieder aufzunehmen. Ich sage leider, denn die Partei war in der Fraktion geschwächt, weil auch die Ausgeschlossenen aus der Genossenschaftsbewegung wie Wolf²⁹, Zulauf³⁰, Issel nicht mehr im Stadtrat waren.

Nach dieser Affäre regten sich in Remscheid wieder Streikbewegungen. Ich arbeitete damals ebenfalls in der RGO.³¹ Da man in Remscheid einen Prozess geführt hatte gegen die kommissarische Metallarbeiterverwaltung, wurden wir, da wir den Prozess gewannen, als Ortsgruppe des DMV von Stuttgart aus dem Verband der Metallarbeiter ausgeschlossen. Die SPD jedoch behielt das Gebäude, weil ein bestimmter Name als Eigentümer eingetragen war. Dieser persönliche Eigentümer des DMV-Gebäudes war Karl Freitag³² der Bezirksleiter des DMV. Wir, die wir den Prozess gewannen, mussten trotzdem aus dem Gebäude, weil es Privateigentum war. Nun, wir schufen uns einen anderen Arbeitsraum. In der Generalversammlung des DMV, in den ich wieder aufgenommen war (DMV-Opposition), bestand die Gefahr, dass ich als 1. Bevollmächtigter gewählt wurde, obwohl die Fraktionssitzung einen

27 Gustav Flohr war eine Art »Abkürzungsfanatiker« und so muss es an dieser Stelle unklar bleiben, für was die Abkürzung BBK steht. Möglicherweise steht sie für »Bergische Betriebsrätekonferenz«.

28 Der kommunistische Feilenhauer Otto Weber (1893-1961) aus Witzhelden war wechselweise in Solingen und Remscheid hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft und saß von 1924 bis 1928 für die KPD im Deutschen Reichstag. Ab 1933 stellte er seine politischen Tätigkeiten ein. Nach 1945 leitete er die Ortskrankenkasse in Remscheid.

29 Es handelt sich hier um den Kommunisten Jakob Wolf (1878-1937).

30 Der Kommunist Ernst Zulauf (1878-1960) war Schriftleiter der »Bergischen Volksstimme« und bis 1928 Stadtverordneter der KPD; 1930 Ausschluss aus der KPD und Übertritt in die KPD-O. Während der NS-Zeit Inhaftierung wegen Hochverrat. Nach 1945 Dezernent des Fürsorgeamtes in Remscheid und Mitarbeit bei der KPD-Zeitung »Freiheit«.

31 Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) war ab 1928 eine organisierte kommunistische Strömung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, wandelte sich aber immer mehr zu einer eigenen KPD-nahen Gewerkschaft und gründete ab 1930 sogar eigene Industrieverbände. Die RGO war aktiv im antifaschistischen Widerstand.

32 An dieser Stelle hat sich Gustav Flohr im Vornamen geirrt, denn hier meint er den Gewerkschaftsfunktionär und SPD-Politiker Walter Freitag (1889-1958). Freitag war 1918 Mitglied im Remscheider Arbeiter- und Soldatenrat und von 1920 bis 1933 Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hagen, zu dem auch Remscheid gehörte. In der Nazi-Zeit Inhaftierung in den KZ Neusustrum und Lichtenburg. Nach 1945 war Freitag sowohl Landtags- als auch Bundestagsabgeordneter der SPD. Dass er - wie hier von Flohr behauptet - »persönlicher« Eigentümer des DMV-Gebäudes gewesen sei, klingt zweifelhaft und konnte nicht nachgewiesen werden.

Tag vorher bestimmt hatte, dass Hugo Paul (vgl. Text 16) diese Stelle erhalten solle. Ich besaß Disziplin genug, um diese Position auszuschlagen, und wurde 2. Bevollmächtigter. So kam der Streik und wir führten ihn. Er war schwer für uns, weil wir den Streikenden keine Unterstützung zahlen konnten. Dieser Streik ging mit Polizeizusammenstößen vor sich. August Lipken³³, der zuerst den Streik leitete, wollte ihn vor der Zeit abbrechen. Die Partei war dagegen. Lipken legte sein Amt nieder, führte eine Kampagne gegen die Partei und wurde ausgeschlossen. Ich übernahm die Führung mit Überwachung der Bezirksleitung in Düsseldorf durch Robert³⁴. Wir verloren den Streik dennoch, 1. weil der DMV, 2. der christliche Metallarbeiterverband (CMV)³⁵ und der Hirsch-Dunckersche-Verband³⁶ dagegen waren und ihre Mitglieder aufforderten, in die Betriebe zu gehen. In voller Übereinstimmung brachen wir den Streik ab. Eine große Werbekampagne für den DMV hatte keine Erfolge mehr. Außerdem war im Reiche keine Möglichkeit für die Ausbreitung des DMV gegeben. So kamen wir dann mit der Zustimmung der Gewerkschaftsabteilung der BL zu dem Entschluss, dass wir die Wiederaufnahme in den alten DMV beantragten. Dieser Beschluss wurde realisiert, ohne jedoch die alten, vormals ausgeschlossenen Funktionäre wieder aufzunehmen. Diese Episode erwähne ich nur, um keine Lücke in meiner Arbeit entstehen zu lassen, die nicht kontrolliert werden könnte.

Danach leitete ich den Kampfbund gegen den Faschismus (KBGDF)³⁷ in Remscheid, bis zu dem Tage, an dem in Solingen die Bezirkskonferenz des KBGDF tagte. Auf dieser wurde ich dann zum Sekretär für den Niederrhein gewählt. Ich löste den ehemaligen Sekretär Krämer³⁸ ab. Krämer wurde Propagandaleiter und zog sich

33 Der Fabrikarbeiter und Kommunist August Lipken (geb. 1879) war Betriebsrat bei den Mannesmann Röhrenwerken.

34 Der Werkzeugschlosser Robert Stamm (1900-1937) war eine der führenden kommunistischen Persönlichkeiten im Remscheid der zwanziger Jahre. 1920 Teilnahme am Kampf gegen die Kapp-Putschisten, 1924 Sekretär der Unterbezirksleitung Barmen-Elberfeld der KPD, 1925 Gewerkschaftssekretär der Bezirksleitung Niederrhein der KPD, 1926 Redakteur der in Düsseldorf erscheinenden KPD-Bezirkszeitung »Freiheit«, 1931- 1933 politischer Sekretär der Bezirksleitung Nordwest der KPD in Bremen, 1932/33 Bremer Reichstagsabgeordneter der KPD. 1937 Hinrichtung in Plötzensee.

35 Der 1899 gegründete CMV hatte seinen Schwerpunkt in den industrialisierten katholischen Gebieten der Rheinprovinz.

36 Die 1868 gegründeten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine lehnten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung den Klassenkampf als undemokratisch und ungewerkschaftlich ab. Im Mai 1933 wurden sie von den NS-Behörden verboten. Als Folge dieses Verbots wurden die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) der Nazis übernommen.

37 Der 1930 gegründete Kampfbund gegen den Faschismus war in der Nachfolge des RFB ebenfalls eine Vorfeldorganisation der KPD. Er wurde von den Nazis 1933 verboten. Vorsitzender dieses Kampfbundes mit 100.000 Mitgliedern war Hermann Remmele.

38 Dieser Teo (oder) Theo Kremer oder auch Krämer, der bei Flohr mehrfach auftaucht, war lt. Ludwig Benden ein Polizeispitzel. Vgl. dessen Bericht vom 17. November 1963 zum Volkstrauertag als Dokument 1003 im VVN-Landesarchiv in Düsseldorf. Dieser Teo Kremer konnte nicht identifiziert werden.

Huppertz³⁹ zur Hilfe heran, der ebenfalls schon aus der Partei ausgeschlossen war. Beide wurden dann später Verräter an der Partei, als Hitler an die Macht kam. Durch diese gingen ich und andere Parteimitglieder hoch. Aber um nicht vom Thema abzukommen: Die Entwicklung im Kampfbund war eine gute und wir fingen wieder an, die Straßen zu beherrschen.

Auf dem Bezirksparteitag in Wuppertal, ich war zu dieser Zeit bereits in die Bereichsleitung des Kampfbundes gekommen, wurde ich zum Reichstagsabgeordneten gewählt. D. h., dass die Partei beschlossen hatte, dass ich auf dem Kölner Parteitag kandidieren sollte. Im Köln-Aachener Wahlkreis wurde ich dann auch gewählt, nahm aber eine Position auf der Reichsliste an, da ich bereits Reichsfunktionär war und genügend Reststimmen im Reiche waren.

Am Tage des Reichstagsbrandes befand ich mich auf einer Propagandatour in Waldenburg in Schlesien. Entkam dort der Polizei und fuhr nach Berlin. Zwei Tage, nachdem Thälmann verhaftet wurde, traf ich den Genossen Müller⁴⁰, der ebenfalls in der Reichsleitung des Kampfbundes war. Der sandte mich im Auftrag der Partei nach Düsseldorf, um dort die Verbindung wieder herzustellen. Am 13. März 1933 ging ich in Düsseldorf in einer Besprechung hoch und zwar durch den oben genannten Krämer.

Eines habe ich noch vergessen vorher einzuschalten: Zu der Zeit, als ich noch als Kampfbundleiter in Düsseldorf war, kam eines Tages der frühere Reichsleiter des Kampfbundes zu mir, um mit mir über Politik zu sprechen. Ich ahnte hier eine Fraktionssitzung. Fritz Schulte⁴¹ war bereits aus der Bezirksleitung Düsseldorf herausge-

39 Die Spitzeltätigkeit von Josef Huppertz ist inzwischen gut dokumentiert. Trotz öffentlichem Auftritt als Zeuge für die Anklage vor dem Reichsgericht 1933 arbeitete Huppertz, von 1927 bis 1933 Bezirksleiter der KPD in Düsseldorf, noch 1934 in Wuppertal, 1935 in Brüssel und 1936 in Amsterdam als V-Mann erfolgreich für die Gestapo und den SD. Allerdings wurde er danach von Arbeitern enttarnt und krankenhausreif geprügelt. »1949 wurde Huppertz zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust wegen Meineid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Das Gericht fand, er habe wie ein Polizeibeamter agiert, habe auch selbst gefoltert und Geständnisse erpresst.« Mensing, Wilhelm: Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft - auch ein Strukturproblem der KPD?, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Heft 34/2005, S. 77-105; hier: S. 101; vgl. auch Stracke, Stephan: Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität, Bremen und Wuppertal: De Noantri 2012, S. 315-317 und 369-370. Auf die Spitzeltätigkeit von Josef Huppertz geht ebenfalls Ludwig Benden in seinen Erinnerungen vom 17. November 1963 ein. Sie befinden sich als Dokument 1003 im VVN-Landesarchiv in Düsseldorf.

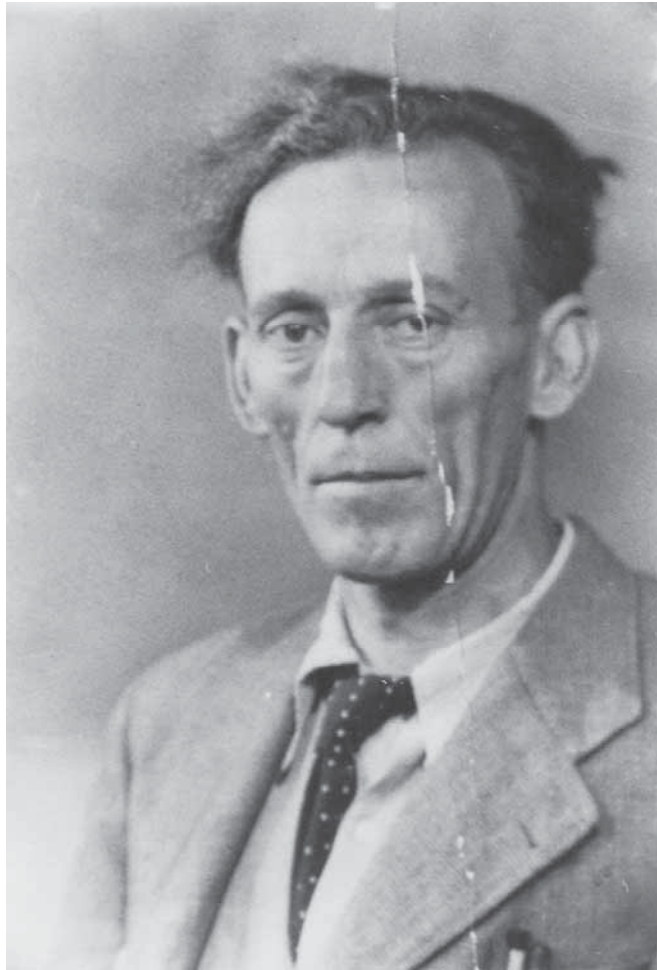
40 Höchstwahrscheinlich handelt es sich hier um den Kommunisten Oskar Müller (1896-1970), Abgeordneter der KPD im preußischen Landtag von 1924 bis 1933; in der Nazi-Zeit Haft in den KZ Sachsenhausen und Dachau; von 1945 bis 1947 Hessischer Arbeitsminister, danach Bundestagsabgeordneter der KPD und VVN-Präsident.

41 Der kommunistische Arbeiter Fritz Schulte (1890-1943) war 1920 Betriebsratsvorsitzender von Bayer Leverkusen. 1925 war er Orgleiter der KPD-Ortsgruppe Leverkusen-Wiesdorf und Mitglied der Unterbezirksleitung Solingen. 1927 war er Mitglied des ZK und stellvertretendes Mitglied im Preußischen Staatsrat. Als einer der engsten Vertrauten von Ernst Thäl-

nommen und als RGO-Leiter nach Berlin berufen. Schlaffer⁴², so hieß der damalige Reichsleiter des Kampfbundes, erklärte mir, Heinz Neumann⁴³ sei entrüstet gewesen, dass Schulte einen so wichtigen Bezirk wie den Niederrhein aufgegeben habe, denn die Politik werde sich bald ändern. Thälmann habe nicht die Kraft für eine stärkere Politik in Deutschland und bald müsse ein neuer Wind wehen. Außerdem sei Remmele⁴⁴ mit Neumann für eine andere Politik liiert. Das war nachmittags in Düsseldorf und da ich noch eine Versammlung hatte, verließ ich Schlaffer. Abends war Lambert Horn⁴⁵, Schultes Nachfolger in der Bezirksleitung, bei mir, und teilte mir mit, dass er ein Telegramm aus Berlin erhalten habe, das lautete, mich sofort aufzusuchen. Schlaffer sei im Niederrhein im Auftrage Neumanns und Remmeles, um die Politik des ZK zu korrigieren. Ich erstattete rechtschaffenen Bericht über die

mann war Schulte von 1928 bis 1930 Abgeordneter des Preußischen Landtags und von 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstags. Ab 1934 Emigration in die UdSSR, von 1935 bis 1936 dort Propagandaleiter der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), 1938 durch das NKWD verhaftet, verstarb er vermutlich am 10. Mai 1943 im Arbeitslager Sewpetsch.

- 42 Der Schlosser und Kommunist Joseph Schlaffer (1891-1964) war in den zwanziger Jahren der führende Kopf der bayerischen Kommunisten. 1932 Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, 1930 bis 1933 Mitglied des Deutschen Reichstags. In der NS-Zeit mehrere Haft- und KZ-Aufenthalte. Nach 1945 berufliche Tätigkeit in Brandenburg, Konflikte mit der sowjetischen Besatzungsmacht und Ausschluss aus der SED. 1956 politische Rehabilitierung durch die Zentrale Parteikommission.
- 43 Heinz Neumann (1902-1937) gehörte mit Ernst Thälmann und Hermann Remmele der Führungsspitze der KPD an. Seit 1919 Mitglied der KPD, stieg er rasch auf, wurde 1920 Chefredakteur der »Roten Fahne« und besuchte die Militärschule der Komintern. Als Vertreter der KPD im Exekutivkomitee der Komintern nahm er auch an den Parteitag der KPdSU teil und kannte Stalin persönlich. Als Mitglied des ZK der KPD und seit 1930 Mitglied des Reichstags geriet er zunehmend in Konflikt zu Thälmann, wurde von seinen Funktionen entbunden und verlor auch sein Reichstagsmandat. Sein Vorwurf war, Thälmann unterschätze die nationalsozialistische Gefahr und er publizierte die Losung »Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!« Entbunden von allen Ämtern in Deutschland, wurde er zuerst als Kominternemissär nach Spanien geschickt, lebte dann in der Schweiz, wurde in die Sowjetunion geholt und arbeitete dort im Verlagswesen. Im Rahmen der sogenannten »Deutschen Operation« des NKWD wurde er 1937 verhaftet und als »Trotzkist« und »Gestapo-Spion« erschossen. Neumann war mit der Publizistin Margarete Buber-Neumann (1901-1989) verheiratet (die ihrerseits in ihrer ersten Ehe mit Rafael Buber, einem Sohn des jüdischen Philosophen Martin Buber, verheiratet gewesen war. Ihre Schwester Babette Gross war die Gattin von Willi Münzenberg.). Buber-Neumann überlebte das Frauen-KZ Ravensbrück. Flohrs Charakterisierung von Neumann wird dessen politischer Position nicht gerecht, zeigt vielmehr, dass Flohr damals ein strikter Parteisoldat war.
- 44 Hermann Remmele (1880-1939) war 1917 Mitbegründer der USPD und trat 1920 zur KPD über. Von 1920 bis 1933 war er Mitglied des ZK der KPD und Mitglied des Reichstags. Ab 1926 war er Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) und lebte ab 1932 in Moskau. Dort schied er schon bald aus dem ZK der KPD und dem EKKI aus. Im Rahmen von politischen Säuberungen wurde Remmele 1937 verhaftet und 1939 erschossen.
- 45 Der Schlosser und Kommunist Lambert Horn (1899-1939) war 1925 Mitbegründer des Roten Frontkämpferbundes (RFB). Von 1930 bis 1932 war er KPD-Abgeordneter im Deutschen Reichstag. In der NS-Zeit Inhaftierungen in verschiedenen Haftanstalten und KZ. Von der Gestapo misshandelt, wurde Horn im Juni 1939 im KZ Sachsenhausen in den Tod getrieben.



Gustav Flohr - ausgemergelt nach Gefängnis- und KZ-Haft (1934).

Unterredung mit Schlaffer, denn gerade im Kampfbund stand die Frage stark für oder gegen den individuellen Terror. Von Lambert Horn bekam ich erstmalig einen Einblick in den Umfang und die Intrigen der Neumann-Remmele-Gruppe. Schlaffer wurde sofort seines Postens enthoben und später aus der Partei ausgeschlossen.

Wie gesagt, am 13. März [1933] ging ich in Düsseldorf hoch und wurde erst ins Polizeipräsidium eingeliefert, dann in die Ulmer Höh' (Gefängnis) gebracht.